



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den **XXX**
[...](2019) **XXX** draft

VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom **XXX**

zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen und der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich ihrer Geltungsdauer
ENTWURF

(Text von Bedeutung für den EWR)

VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom **XXX**

zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen und der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich ihrer Geltungsdauer ENTWURF

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 108 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/1588 des Rates vom 13. Juli 2015 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen horizontaler Beihilfen¹, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2018/1911 des Rates vom 26. November 2018²,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für staatliche Beihilfen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Ein Teil der Beihilfenvorschriften, die im Rahmen der Initiative von 2012 zur Modernisierung des Beihilferechts erlassen wurden, läuft Ende 2020 aus. So endet insbesondere die Geltungsdauer der Verordnungen (EU) Nr. 1407/2013³ und Nr. 651/2014⁴ der Kommission am 31. Dezember 2020.
- (2) Im Interesse von Planungs- und Rechtssicherheit wird die Kommission – parallel zur Vorbereitung einer etwaigen künftigen Aktualisierung der im Rahmen der Modernisierung des Beihilferechts erlassenen Beihilfenvorschriften – in zwei Phasen tätig werden.
- (3) Zunächst wird die Kommission die Geltungsdauer der Beihilfenvorschriften, die andernfalls Ende 2020 auslaufen würden, um zwei Jahre verlängern. Anschließend wird die Kommission diese Vorschriften zusammen mit den anderen im Rahmen der Modernisierung des Beihilferechts verabschiedeten Beihilfenvorschriften im Einklang mit ihren [Leitlinien für eine bessere Rechtsetzung](#) bewerten. Die Kommission hat die

¹ ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 1.

² ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 8.

³ Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1).

⁴ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1).

Bewertung dieser Vorschriften am 7. Januar 2019 in Form einer [Eignungsprüfung](#) eingeleitet. Auf Grundlage der Prüfung kann sie entscheiden, ob die Geltungsdauer der Vorschriften erneut verlängert wird oder ob die Vorschriften eventuell aktualisiert werden.

- (4) Da die Eignungsprüfung umfassend angelegt ist und die Ergebnisse nicht vor Anfang 2020 zur Verfügung stehen werden, kann eine Entscheidung über die Gestaltung der Vorschriften für den Zeitraum nach 2020 nicht mehr rechtzeitig getroffen werden, um für die Interessenträger Rechtssicherheit und Stabilität in Bezug auf die Frage zu schaffen, welche Vorschriften nach 2020 gelten werden. Die Verlängerung wird eine angemessene Prüfung der Vorschriften ermöglichen und für die Mitgliedstaaten Planungssicherheit und Stabilität in Bezug auf die anzuwendenden Vorschriften schaffen.
- (5) Aus diesen Gründen wird die Kommission die Geltungsdauer der Verordnungen (EU) Nr. 1407/2013 und Nr. 651/2014 um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2022 verlängern.
- (6) Die Verordnungen (EU) Nr. 1407/2013 und Nr. 651/2014 der Kommission sollten daher entsprechend geändert werden.
- (7) Angesichts der Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission ist es möglich, dass einige Mitgliedstaaten die Geltungsdauer von Maßnahmen verlängern möchten, zu denen nach Artikel 11 dieser Verordnung Kurzbeschreibungen übermittelt wurden. Im Sinne der Transparenz ist es angemessen, dass die Mitgliedstaaten der Kommission eine aktualisierte Kurzbeschreibung bezüglich der Verlängerung dieser Maßnahmen übermitteln.
- (8) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 8 Satz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 erhält folgende Fassung:

„Sie gilt bis zum 31. Dezember 2022.“

Artikel 2

1. Artikel 2 Nummer 27 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 erhält folgende Fassung:

„Fördergebiete: die in Anwendung des Artikels 107 Absatz 3 Buchstaben a und c AEUV in einer genehmigten Fördergebietskarte für den Zeitraum vom 1.7.2014 bis zum 31.12.2020, der bis zum 31.12.2022 verlängert wurde, ausgewiesenen Gebiete;“

2. Artikel 59 Satz 2 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 erhält folgende Fassung:

„Sie gilt bis zum 31. Dezember 2022.“

Artikel 3

Beabsichtigt ein Mitgliedstaat aufgrund der Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 Maßnahmen zu verlängern, zu denen der Kommission nach Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 eine Kurzbeschreibung übermittelt wurde, werden die Kurzbeschreibungen bezüglich der Verlängerung dieser Maßnahmen von den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß

aktualisiert und der Kommission innerhalb von 20 Arbeitstagen nach dem Verlängerungsbeschluss übermittelt.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den

Für die Kommission
Der Präsident